LINKSZEITUNG

Ausgabe 41 / Herbst 2026



Entrüstet euch!

Antimilitarismus

- Rüstungsstandort Kassel
- Nein zu Militarisierung
- Kassel wehrt sich

Soziale Gerechtigkeit

- Kürzungspolitik stoppen
- Reichtum umverteilen
- Wärmewende statt Eishalle

@die.linke.kassel
@kasselerlinke
@dielinke_kassel

Mit links gegen rechts

Kassel ist nicht Berlin. Doch auch hier hat Die Linke bei der letzten Wahl mit 15,11 Prozent ihr bestes Ergebnis seit ihrer Gründung erzielt. Mit nun 11 von 71 Stadtverordneten sind wir im Rathaus stark vertreten – vier engagierte Genoss*innen mehr als zuvor!

Rechnerisch wäre eine klare Mehrheit links der CDU möglich. Doch weder Grüne noch SPD haben Vorschläge für gemeinsame Projekte in unserer Stadt. Stattdessen wurde nach der Wahl sogar die „Antisemitismus-Keule" geschwungen – als müssten sich Jüdinnen und Juden vor Violetta Bock oder anderen Kasseler Linken fürchten. Teile der CDU und der FDP inszenieren die Angst der „Mitte" vorm Erstarken der „politischen Ränder", als seien links und rechts gleichermaßen gefährlich. Dabei sind die Unterschiede grundlegend: Die AfD will demokratische Verhältnisse, Gleichberechtigung und Emanzipation abschaffen. Die Linke hingegen will Demokratie und Selbstbestimmung auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausweiten – auch auf die Wirtschaft.

Kapitalismuskritik ist demokratisch

Wer die Linke als „extremistisch" bezeichnet und politisch ausgrenzt, verengt demokratische Handlungsspielräume und verbaut gesellschaftliche Alternativen. Die großen Probleme unserer Zeit lassen sich nicht durch kapitalistische Konkurrenz lösen: Klimakrise und ökologische Zerstörung erfordern Zusammenarbeit und den konsequenten Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Grund und Boden oder Häuser sollten keine Renditeobjekte sein. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verlangt Grenzen der Bereicherung. Marode öffentliche Infrastruktur bei steigenden privaten Vermögen erfordert Umverteilung für das Gemeinwohl. Künstliche Intelligenz braucht soziale Kontrolle statt Profitmaximierung. Echte Mitbestimmung der Beschäftigten bei Unternehmensentscheidungen stärkt demokratische Haltungen. Zur Bewältigung gesellschaftlicher Krisen braucht es mehr Fürsorge und weniger Aufrüstung!

Wechselnde Mehrheiten eröffnen Spielräume

Die CDU will auch in Kassel alles blockieren, was Linke vorschlagen. Und weil es sich weder SPD noch Grüne mit der CDU verscherzen wollen, gibt es bis heute keine konkrete Zusammenarbeit. Auf der anderen Seite konkurrieren SPD und CDU um Posten. Also bleibt es bei „wechselnden Mehrheiten". Das Stimmverhalten der Stadtverordneten ist weniger vorbestimmt. Ortsbeiräte, Initiativen und Betroffene können aktiv werden und politische Entscheidungen beeinflussen. Als Linksfraktion unterstützen wir alles, was unsere Stadt sozial und ökologisch voranbringt. Kürzungen bei solchen Projekten, klimaschädliche Neubauvorhaben und den Ausverkauf städtischen Eigentums machen wir nicht mit! Gleichzeitig sind wir bereit, mit anderen demokratischen Fraktionen gemeinsame Anliegen zu vereinbaren und Mehrheiten zu organisieren für Verbesserungen vor Ort. Nicht Parteitaktik sollte entscheiden, sondern das, was Kassel gerechter und demokratischer macht! ■



Die neue Linksfraktion in Kassel mit ehrenamtlicher Stadträtin und Büroteam

Sozialkürzungen im Auftrag des Kapitals

Am 21. August 2026 ging ein Brandbrief an BlackRock-Kanzler Merz – verschickt von den Metall-Arbeitgeberverbänden Bayern und Baden-Württemberg, gemeinsam mit Audi, BMW und Siemens. Gefordert wird, dass die Sozialreformen "schleunigst und ohne irgendwelche Abstriche" umgesetzt werden, damit Arbeitskosten am Standort Deutschland international wettbewerbsfähig sinken. Keine Bitte, sondern eine Weisung von Konzernen an ihr „Regierungspersonal". Nichts soll verhandelt werden. Die Konzernvertreter erwarten Vollzug. Proteste von Gewerkschaften, Gesundheitsbetrieben und Betroffenen sollen ins Leere laufen. Umverteilung von unten nach oben ist angesagt.
Dabei liefert die Bundesregierung bereits: Unternehmen, können neue Maschinen schneller absetzen, zahlen so deutlich weniger Steuern. Das ist wie ein zinsloser Staatskredit, den Lohnabhängige nie bekommen. Außerdem wird die Körperschaftsteuer von 15 auf 10 Prozent abgesenkt. Und es gibt jährlich zehn Milliarden Euro Entlastungen, u.a. durch einen niedrigen Industrie-Strompreis.
Dass gerade Autokonzerne Druck machen, ist kein Zufall: Nach übermäßigen Dividenden und Festhalten an fossiler Energie sinken die Gewinne. VW-Chef Blume will die Rendite auf 10% trimmen und bis zu 100.000 Stellen streichen. Die Beschäftigten sollen zahlen, die Eigentümer kassieren weiter. Die geforderten „Sozialreformen" bedeuten Klassenkampf von oben. Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun ■



Marwa Mumdey, neue linke Stadtverordnete und Mitglied im Sozialausschuss

„Niedrigere Sozialabgaben und weniger Leistungen, längere Arbeitszeiten und Altersteilzeit-Aus ... Das ist nicht im Interesse der großen Mehrheit, sondern im Interesse des Kapitals. Der Staat soll der Profitmaximierung dienen. Aber nicht mit uns! Auch in Kassel entstehen Bündnisse für gemeinsamen Widerstand."

Reichtum gerechter verteilen – Kommunen stärken

Kassel steht wie viele Kommunen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Gleichzeitig häufen die oberen Zehntausend immer mehr an. Ein Beispiel aus der aktuellen Liste der reichsten Deutschen im Manager-Magazin: Das Vermögen von Dieter Schwarz (Lidl, Kaufland usw.) ist im letzten Jahr von 46,5 auf 53,7 Milliarden Euro angeschwollen. 7.200 Millionen mehr in einem Jahr! Das ist mehr als das durchschnittliche Jahresgehalt von hunderttausend Arbeitnehmer*innen. In diesem Überreichtum steckt die Verteuerung von Lebensmitteln, die viele ärmer macht.
Auch deshalb sollte sich unsere Stadt für die Wiedereinführung der Vermögensteuer einsetzen. Ein Schritt, um Demokratie zu stärken und Spielräume vor Ort zu schaffen. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit schlägt einen Freibetrag von rund einer Million Euro für Privatvermögen und großzügige Freibeträge für Betriebsvermögen vor.
Die Vermögensteuer ist eine Ländersteuer und würde nicht direkt in den städtischen Haushalt fließen. Aber das Land Hessen könnte kommunale Programme damit finanzieren. Für Kassel wären rechnerisch 250 Millionen Euro im Jahr drin. Genug, um Schulhöfe zu begrünen, günstigere KVG-Tickets oder mehr kommunale Wohnungen zu finanzieren ■



Jule Heike Michel, neue linke Stadtverordnete und Mitglied im Sozialausschuss

„Die Profiteure der Ungleichheit müssen gerechter besteuert werden. Das sollten nicht nur Linke, sondern alle Stadtverordneten und Bürgermeister einfordern! Es gibt immer mehr Milliardäre und gleichzeitig sind Sozial-Kürzungen geplant. Die bringen noch mehr Armut, Krankheit und Obdachlosigkeit und die kommunalen Kassen werden zusätzlich belastet".

Kürzen hat konkrete Folgen vor Ort

Am 26. September 2026 haben sich Gewerkschaften im ganzen Land gegen Kürzungen im Sozialhaushalt und den Abbau von Arbeitnehmerrechten aufgestellt. In 15 Städte protestierten 175.000 Menschen gegen die Pläne der Bundesregierung. Die Linke hatte mit eigener Mobilisierung einen großen Anteil daran. Es war ein Anfang für gemeinsamen Widerstand ■

Der Rotstift bedroht viele gesellschaftliche Bereiche und Projekte für gutes Zusammenleben. Auf Bundesebene wurden zuletzt Gelder für das wichtige Programm „Demokratie leben“ gekürzt. Auch auf Landes- und EU-Ebene drohen Streichungen, so dass viele Sozial- und Kulturprojekte gefährdet sind. In Kassel hat unsere Bundestagsabgeordnete Violetta Bock mit ihrem Team betroffene Vereine und soziale Träger besucht. Sie brachte auch ein paar Zahlen zur Entwicklung des Bundeshaushalts in 2027 mit:

Militär: 138.700 Mio. Euro (gesamt)

Grundsicherung: - 350 Mio. Euro
Elterngeld: - 440 Mio. Euro
Unterhaltsvorschuss: - 400 Mio. Euro
Wohngeld: - 613 Mio. Euro.

Erfolgreiches Projekt vor dem Aus?

Freiwilligenzentrum in Bedrängnis



Violetta Bock zu Besuch beim 3x3-Team im Freiwilligenzentrum

Seit zehn Jahren bringt das Programm Kasseler 3x3 Menschen mit Migrationsgeschichte und langjährige Kasseler*innen zusammen. Das Prinzip ist einfach: Dreimal drei Stunden treffen sich die Teilnehmenden, erkunden gemeinsam Kassel, kommen ins Gespräch und lernen sich kennen. Rund 850 Patenschaften mit über 1.600 Beteiligten sind so bereits entstanden – auch viele Sprachpatenschaften und Freundschaften. In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung werden wertvolle Räume für Begegnung und Austausch geschaffen.

Nun droht dem Begegnungsprojekt das Geld auszugehen. Hintergrund sind Kürzungen bei öffentlichen Förderungen auf Bundesebene. Bisher wurde das 3x3 mit rund 20.000 Euro jährlich gefördert und so Beratung, Erstgespräche, Vermittlung und Begleitung der Tandems finanziert. Das könnte das Freiwilligenzentrum aus eigenen Mitteln nicht auffangen. Doch noch ist das Aus nicht besiegelt. Im November soll die Finanzierung mit dem Sozialamt besprochen werden. Gesucht wird eine dauerhafte Lösung – etwa durch die Kommune oder einen privaten Förderer. Dieses Beispiel aus Kassel zeigt: Wenn Fördergelder gekürzt werden, geraten erfolgreiche Integrations- und Ehrenamtsprojekte schnell ins Wanken. Das sollte so nicht sein! ■

Das System ist völlig überlastet

Interview mit Berta Skip (Psychotherapeutin für Erwachsene) und Nils Schleich (Kinder- und Jugendtherapeut)



Warum engagieren Sie sich im Aktionsbündnis Psychotherapie?
SKIP: Das hat viele Gründe. Es hat damit angefangen, dass diese Kürzung von 4,5 Prozent bei den Psychotherapeuten beschlossen wurde. Wenn das kommt, wird unsere finanzielle Lage viel unsicherer, was sich eins zu eins auf die Patienten übertragen würde.

Welche Änderungen sind genau geplant und welche Auswirkungen befürchten Sie?
SKIP: Mit dem GKV-Beitragssatz-Stabilisierungsgesetz ist unter anderem eine Budgetierung geplant. Das bedeutet, dass wir weniger Menschen behandeln können. In Anbetracht dessen, dass die Patient*innen ohnehin schon unterversorgt sind, halte ich das für eine Katastrophe. Die Wartezeiten sind schon jetzt sehr lang. Es gibt eine reale Unterversorgung. Und dann noch zu kürzen bedeutet, dass die Menschen einfach im Stich gelassen werden mit ihren psychischen Problemen.

Nehmen psychische Probleme zu?
SKIP: Ja, das stimmt im Grunde. Man muss ja auch die ganzen Krisen betrachten, die jetzt stattfinden: Klimakrise, Kriege, die Coronakrise. Es sind viele Belastungsfaktoren, die aktuell wahnsinnig zusammenkommen. Dann kommen individuelle Belastungen noch hinzu. Dass Menschen aktuell mehr leiden, ist nachvollziehbar. Auch Armut ist eine große Gefahr!

Also ist das System überlastet?
SCHLEICH: Es kollabiert!
SKIP: Die Kliniken sind ja auch völlig überlaufen. Sowohl im Kinder- und Jugendbereich als auch mittlerweile im Erwachsenenbereich, wo selbst bei akuten Fällen Patienten monatelang warten. Manche sind schwerst depressiv oder sogar suizidgefährdet.

Was für Veränderungen bräuchte es für eine gute psychotherapeutische Versorgung?
SKIP: Also eigentlich mehr Sitze und mehr Psychotherapieplätze.
SCHLEICH: Es gibt jetzt sogar die Überlegung, dass man nur noch Härtefälle behandelt und die „weniger schlimmen Sachen“ erstmal beiseitelässt. Wir müssten dann sozusagen Triage machen oder warten, bis die Leute „krank genug“ sind.

Welche konkreten Forderungen haben Sie an die Politik?
SKIP: Die sollten das Geld endlich mal sinnvoller verteilen. Es ist nicht so, dass das Geld nicht da ist. Es fließt in die falschen Ecken! Meine Forderung wäre, zu gucken: Was können wir wirklich nachhaltig und zukunftsträchtig in diesem Bereich investieren. Es ist ja meistens nicht so, dass die Menschen nichts leisten wollen, aber sie werden daran gehindert, es zu können.

Was davon könnte man auf lokaler Ebene umsetzen?
SCHLEICH: Das einfachste wäre, medizinische Versorgungszentren (MVZs) in den Stadtteilen einzurichten, wo man Psychotherapie, Logopädie, Ergotherapie etc. bündelt. Wenn man schaut, wo Praxen für Kinder und Jugendliche sitzen, dann wird man Vorderer Westen sehen und Wilhelmshöhe, aber nicht Nordholland, Waldau oder Bettenhausen. Es wäre total sinnvoll, das nahe vom Wohnort der Menschen anzubieten, für Kinder und Jugendliche gut erreichbar und langfristig finanziert. Das wäre machbar.

Wären Sie daran interessiert, Gesundheitsminister/-in zu werden?
SKIP (lacht): Das ist nicht meine Rolle!
SCHLEICH: Das wäre etwas größenwahnsinnig, aber wenn ich mir angucke, dass Phillip Amthor sich Strandkörbe auf Terrassen stellen kann, dann kann ich auch Gesundheitsminister werden. Dann ist wohl alles möglich! (lacht)

Wenigstens wären Sie vom Fach und hätten konkrete Verbesserungsvorschläge! Vielen Dank für das spannende Gespräch ■

Das ungekürzte Interview kann hier gelesen werden.

Kassel als Drehscheibe der Militärindustrie: Sechs Schauplätze

Expansion der Militärproduktion im Industriepark Mittelfeld: Rheinmetall, Alstom & Daimler Trucks

Umgeben von dicht besiedelten Wohngebieten produziert Rheinmetall Rad- und Kettenfahrzeuge. Die Pläne des Unternehmens sind alles andere als Bescheiden: Das größte Panzerwerk Europas soll laut Armin Papperger, Vorstandsvorsitzender von Rheinmetall, in Kassel entstehen. Bereits jetzt produziert Rheinmetall den Radpanzer Boxer hier und hat eine eigene Teststrecke errichtet. Die Produktion soll auf 500 Stück pro Jahr steigen.

Um diese Pläne zu verwirklichen, expandiert Rheinmetall bereits. Direkt angrenzend befindet sich das Lokomotivwerk Alstom. Rheinmetall verhandelt bereits über einen Verkauf. Das Militärunternehmen braucht sowohl weitere Hallen als auch weiteres Personal. Beschäftigte und Betriebsrat von Alstom sehen das kritisch.

Auch das benachbarte Daimler-Truck-Werk ist Teil der militärischen Produktionskette. Mit rund 2.800 Beschäftigten ist das dazugehörige Mercedes-Benz-Achswerk Kassels größter Industriebetrieb. Unter „Daimler Truck Defence“ strebt der Konzern bis 2028 eine Milliarde Euro Rüstungsumsatz an. Auch die in Wörth produzierten Militär-Lkw werden laut Konzern mit Achsen aus Kassel ausgestattet. Zu den Kunden gehören die Bundeswehr sowie weitere NATO-Streitkräfte.

Daneben gibt es zahlreiche kleinere Zulieferbetriebe, welche um die Militärindustrie angesiedelt sind und Einzelteile liefern, wie z.B. Beier in Rothenditmold.

KNDS in Rothenditmold: Stadtplanung für den Krieg

Nur wenige hundert Meter entfernt entwickelt, produziert und modernisiert KNDS unter anderem Leopard-2-Kampfpanzer, Puma-Schützenpanzer, die Panzerhaubitze 2000 und die Radhaubitze RCH 155. Rund 2.000 Menschen arbeiten an drei Kasseler Produktionsstandorten, Tendenz steigend. Hinzu kommt ein Logistikstandort in Fuldatal. Der Kämmerer der Stadt, Matthias Nölke (FDP), bezeichnete KNDS jüngst als „industriellen Leuchtturm" für die Stadt Kassel.

Die Expansion greift in die Stadtentwicklung ein. Das angrenzende Henschel-Areal wurde an eine neue Investmentfirma verkauft. Dabei sollen auch weitere Flächen von KNDS genutzt werden, als Parkhaus, Lager- und Büroflächen sowie als Mensa. Für den Stadtteil bedeutet das unter anderem einen massiven Anstieg von LKWs und PKWs. Die Bedürfnisse des Quartiers werden den Interessen des Panzerbauers untergeordnet.

Kassel-Calden: Ausbau zur militärischen Drehscheibe

Zwar liegt der Kassel Airport außerhalb des Stadtgebiets, doch soll hier auf über 30.000 Quadratmetern der „Defence Hub Nordhessen“ entstehen. Dazu gehört eine Logistik-Drehscheibe für Panzer. Rheinmetall erhofft sich davon kürzere Durchlaufzeiten und optimierte Lieferketten. Daneben sollen Drohnen getestet werden. Der Andrang von Firmen ist groß, unter anderem sollen bewaffnete Kampfdrohnen von Rheinmetall mit 130 km Reichweite auf dem Gelände getestet werden. Der Flughafen soll als militärische Drehscheibe und für Trainingsflüge der Bundeswehr genutzt werden. 260 Millionen Euro will



Rheinmetall in den Standort investieren, das Land Hessen legt noch einen zweistelligen Millionenbetrag oben drauf. Dazu kommt ein Schulungszentrum. So wächst eine zusammenhängende für den Krieg produzierende Region.

EuroPULS & PSM: Militärprojekte in Kasseler Büros

Zur Militärindustrie gehören auch zahlreiche Büros, in denen Produktion koordiniert wird und Firmen ihr Know-how zusammenbringen. So liegt in Kassel die Firmenzentrale von EuroPULS, ein Zusammenschluss von KNDS und dem israelischen Militärkonzern Elbit Systems. Gemeinsam vermarkten diese ein Raketenwerfersystem, welches bereits im Genozid an den Palästinenser*innen eingesetzt wurde und nun auch in Europa verkauft wird. Wo genau EuroPULS seinen Sitz hat, ist nicht bestätigt, eine Ansiedlung in Rothenditmold liegt nahe.

Auch der Hauptsitz vom PSM, einem Joint-Venture von KNDS und Rheinmetall, liegt in Kassel. An der Wilhelmshöher Allee koordiniert PSM die Entwicklung und Fertigung des Puma-Schützenpanzers. PSM ist zugleich Vertragspartner der Bundeswehr.

Universität, THM und FiDT: Fachkräfte für den Krieg

Die Universität Kassel verpflichtet sich bislang auf friedliche Ziele und zivile Zwecke, insbesondere für die Forschung, und hatte 2013 eine Zivilklausel eingeführt. 2023 beendete sie auch ihre Zusammenarbeit mit KNDS und Rheinmetall im „Studium im Praxisverbund". Daraufhin wechselten beide Konzerne zu StudiumPlus der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) mit Standorten in Bad Hersfeld und Bad Wildungen.

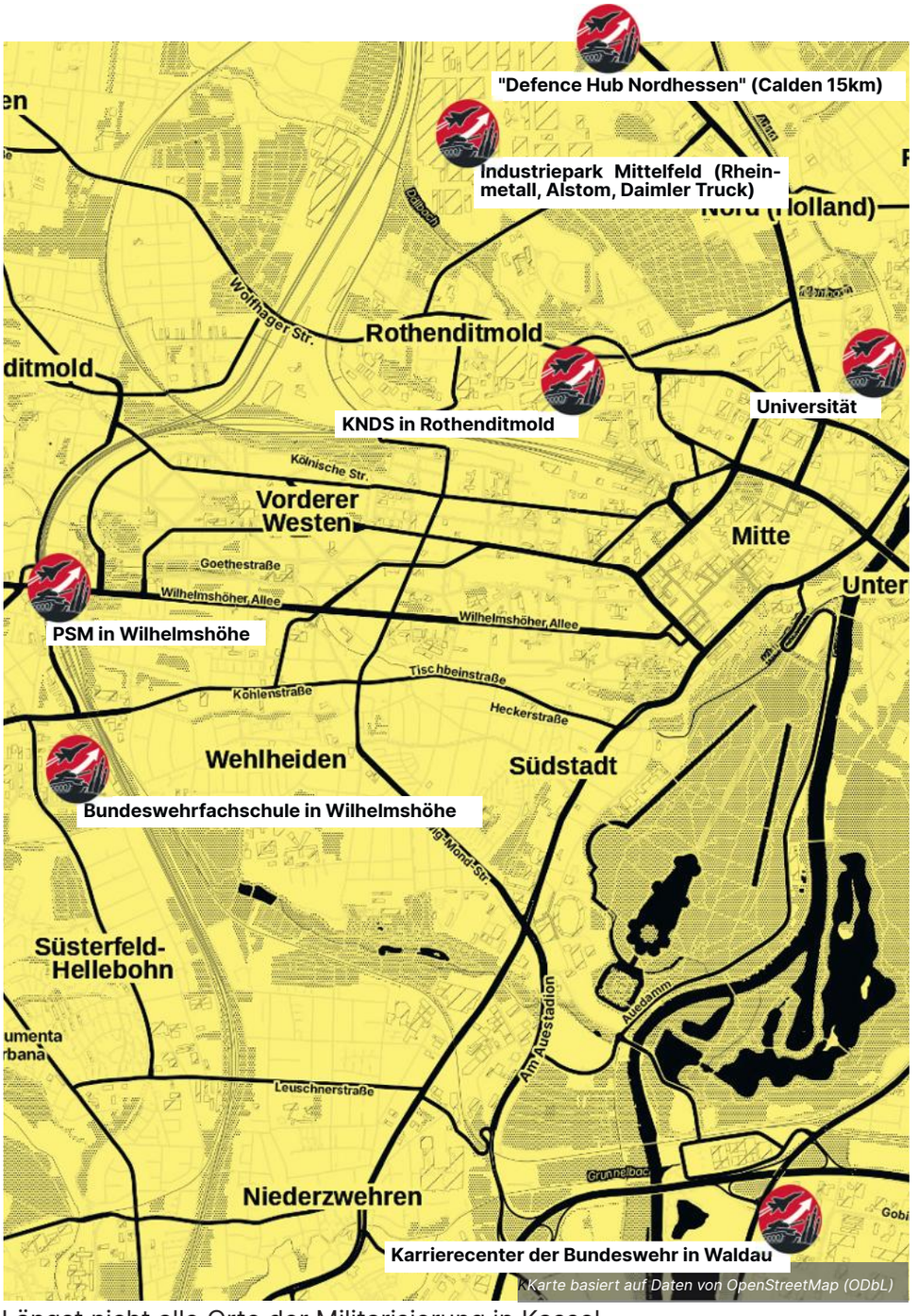
Zum Wintersemester 2027/28 plant StudiumPlus nun eine Außenstelle in Kassel. Vorgesehen sind vier duale technische Studiengänge. Als Standort wird das FiDT Technologie- und Gründerzentrum auf der Marbachshöhe geprüft. Unternehmen, IHK, Stadt Kassel, der Landkreis, Land und Wirtschaftsförderung unterstützen das Vorhaben. So würde eine staatliche Hochschule in Kassel Fachkräfte für Rüstungskonzerne ausbilden und die Zivilklausel der Universität praktisch umgehen.

Gleichzeitig soll diese Zivilklausel abgeschwächt werden. Verteidigungsminister Pistorius warb in Kassel für militärische Forschung. Die Militärindustrie soll Zugang zu Wissen, Drittmitteln und Nachwuchs erhalten. Die Universität Kassel plant bereits einen neuen dualen Studiengang mit KNDS und Rheinmetall.

Bundeswehr in Kassel: Karrierecenter und Musterung

In der Elisabeth-Consbruch-Straße qualifiziert die Bundeswehrfachschule Soldat:innen schulisch und beruflich. In der Falderbaumstraße sitzt das Karrierecenter der Bundeswehr. Es wirbt Personal, berät zu Laufbahnen und vernetzt Bundeswehrangehörige mit Unternehmen und Behörden.

Ab Mitte 2027 soll Kassel zudem eines von 24 neuen Musterungszentren erhalten. Auch können Jugendoffiziere auf Grundlage einer 2025 erneuerten Vereinbarung mit Hessen an Schulen über Sicherheitspolitik sprechen. So wird die Bundeswehr als selbstverständlicher Arbeitgeber verankert ■



Längst nicht alle Orte der Militarisierung in Kassel

Wir sagen Nein zu Militarisierung

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine setzt Europas Politik auf massive Aufrüstung. Rüstungskonzerne haben weitreichenden Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen, auch in Nordhessen. Der Aufrüstungskurs wird vehement vorangetrieben, unter anderen von den Geschäftsführern der Regionalmanagement GmbH und der Industrie- und Handelskammer, die eigentlich andere Aufgaben haben.

Eine demokratische Entscheidung über diese Ausrichtung hat es nicht gegeben. Keine öffentlichen Diskussionen in Stadt und Landkreis, keine Darstellung von Alternativen und keine Bürger*innen-Beteiligung. Kassel wurde im Zweiten Weltkrieg als Rüstungshochburg stark zerstört. Die Profiteure der Kriegsmaschinerie waren in Sicherheit, die Bevölkerung war dem Bombenhagel ausgeliefert. Heute sind Waffen und Angriffsstrategien andere – doch in den Schutz ziviler Infrastruktur wird wenig investiert.

„Wollen wir wirklich, dass Kassel vor allem für Europas größte Panzerproduktion steht? Oder sollte unsere Stadt nicht gerade aus ihrer Geschichte eine besondere Verantwortung für den Frieden ableiten?“
So fragt Zeshan Bajwa Naeem (Imam der Ahmadiyya-Gemeinde) im HNA-Leserbrief

Das Geld fehlt an anderer Stelle
Die Rüstungsindustrie boomt: Aktienkurse steigen, Auftragsbücher füllen sich, Start-ups erhalten öffentliche und private Mittel. Fachleute warnen vor einem Verdrängungseffekt zulasten anderer Wirtschaftsbereiche. Die Financial Times schrieb im März 2026, Europa müsse „seinen Sozialstaat einschränken, um einen Kriegsstaat aufzubauen“.

Zugleich bremst die militärische Produktion den sozialen und ökologischen Umbau. In Nordhessen drohen Fachkräfte und Kapazitäten der kriselnden Autoindustrie für Kriegsprodukte statt für Busse und Bahnen eingesetzt zu werden. Auch beim Ausbau erneuerbarer Energien ist Bedarf vorhanden.

Friedfertig statt kriegstüchtig
Angriffe auf unsere Selbstbestimmung kommen nicht nur aus dem Ausland. Rechtsradikale und autoritäre Kräfte im Inland bedrohen sie ebenfalls. Wir sollten lernen, uns gewaltfrei gegen Unterdrückung und politische Erpressung zu wehren. Gegen die Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel, gegen die fatalen Abhängigkeiten von Öl und Gas, hilft nur der Umbau unserer Wirtschaft. Kassel könnte ein Zentrum für sozial-ökologisches Wirtschaften werden. Zusammen mit der Universität, Initiativen und Gemeinden in Nordhessen lassen sich gute Konzepte umsetzen, wenn die endlich mit allen Kräften vorangebracht werden. Wir könnten auch Projekte für gewaltfreie Wehrhaftigkeit organisieren – in Betrieben, Verwaltungen und Nachbarschaften. Aufrüstung ist nicht alternativlos. Im Gegenteil: Demokratie und gute Lebensbedingungen lassen sich besser mit friedfertigen Methoden verteidigen ■

Atilla Sarikaya, neuer Stadtverordneter und Co-Vorsitzender der Linksfraktion



„Armut in Hessen steigt drastisch, in Kassel sind fast 20 Prozent armutsgefährdet. Sozialausgaben kommen allen zu Gute – vor allem Menschen mit kleinem Einkommen. Rüstungsausgaben steigern die Profite der Aktionäre. So wächst die Ungerechtigkeit und das ist gefährlich für die Demokratie.“

Ria Bartsch, neue Stadtverordnete der Linken und Mitglied im Rechtsausschuss



„Nach dem Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt hat deren Spitzenkandidat gesagt, dass er Kriegsgüter als „Hilfsmittel“ im Sinne der inneren Sicherheit einsetzen will. Militärmaschinerie in den Händen autoritärer Regierungen, die uns bedrohen – das ist beängstigend. In Kassel soll für den Krieg produziert werden, Berlin will uns zum Militärdienst verpflichten. Dagegen wehren wir uns.“

Impressum: *Herausgeber Die Linke Kreisverband Kassel-Stadt, Schillerstr. 21, 34117 Kassel, Telefon 0561 - 9201503, E-Mail: info@die-linke-kassel-stadt.de, Web: www.die-linke-kassel-stadt.de, Redaktion: Sabine Leidig, Luisa Sümmermann, Nora Schmid, Jens Meyer; V.i.S.d.P. Sabine Leidig, Druckerei Schenkelberg Druck Weimar GmbH · Österholzstraße 9 · 99428 Grammetal-Nohra, Auflage 15.000; Jg. 20 2/26 - www.linkszeitung.de bezeichnet sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung die Verwendung des Namens erlaubt.*

Widerstand gegen Militarisierung

Die Militarisierung Kassels bleibt nicht unwidersprochen. Beschäftigte, Jugendliche, Studierende sowie Friedens- und Stadtteilinitiativen kämpfen gegen die Ausweitung der Kriegsindustrie für zivile Produktion und soziale Infrastruktur. Fünf Konfliktfelder stehen im Mittelpunkt:

Lokbau statt Panzer!
Unter dem Motto „Der Lokomotivbau gehört zu Kassel wie der Herkules“ wehren sich Beschäftigte, Betriebsrat und IG Metall gegen den Verkauf des Alstom-Werkes an Rheinmetall. Rund 400 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration und Kundgebung im Oktober. Sie verlangen Mitsprache und den Erhalt des Lokbaus sowie der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Beschäftigten betonen die lange Tradition des Lokbaus in Kassel, viele äußern sich ablehnend gegenüber der Panzer-Produktion.



Protest von Alstom-Beschäftigten: Lokbau soll erhalten bleiben

Stadtentwicklung für das Leben, nicht für den Krieg!
In Rothenditmold wehren sich Anwohnerinnen und Initiativen gegen die Ausdehnung von KNDS auf das Henschel-Areal. Kritisiert werden das geplante Parkhaus, Büroflächen und Mensa für KNDS, eine weitere Lkw-Zufahrt (direkt gegenüber vom Mehrgenerationenhospiz des Heilhauses), mehr Verkehr und Lärm sowie die Verdrängung sozialer und kultureller Nutzungen. Verschiedene Initiativen von Heilhaus, Netzwerk Hammerschmiede, über AUF Rothenditmold, Teile des Ortsbeirats, Rothe Ecke und Linke, haben sich in der Interessengemeinschaft Henschel-Areal zusammengetan, um sich gegen diese Entwicklung zu wehren. Gefordert werden Räume für Jugend, Kultur und Soziales, bezahlbares Wohnen, Grünflächen und echte Beteiligung. Das Areal soll dem Stadtteil dienen, nicht der Expansion eines Militärkonzerns.

Schlussstrich für Kassel Airport statt militärischer Drehscheibe!
Kritik am Kasseler Flughafen gibt es schon lange. Der Flughafen wird jährlich mit Millionen subventioniert, doch schreibt trotzdem rote Zahlen. Nun wollen Reinmetall und die Landesregierung Kassel-Calden zum Bestandteil des „Defence Hub Nordhessen“ ausbauen. Damit erhält der defizitäre Flughafen eine militärische Funktion. Die Initiative "Airport stoppen" kritisiert die Pläne, den Flughafen durch militärische Nutzung am Leben zu halten und die „fatale historische Vergessenheit“ von denen diese zeugen. Statt Millionen für Rüstungslogistik braucht Nordhessen Investitionen in Bahnverkehr, Klimaschutz, gute Arbeit und Daseinsvorsorge.

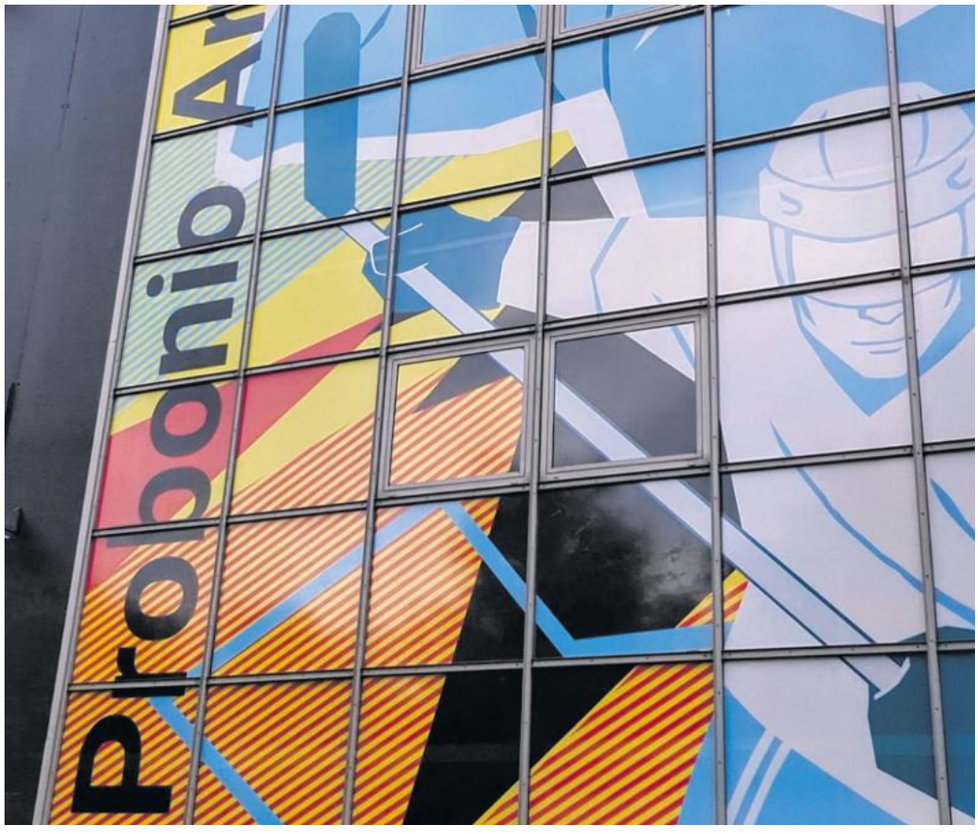
Gegen Militarisierung der Wissenschaft: Zivilklausel verteidigen!
An der Universität Kassel verteidigt die Initiative „Zivilklausel bleibt“ die Verpflichtung, Forschung, Lehre und Studium friedlichen Zielen zu widmen. Der Senat wollte die Aufweichung der Zivilklausel als Formalie abhandeln. Dagegen versammelten sich rund 700 Studierende zu einer Vollversammlung. Eine Petition wurde gestartet und rund 150 Menschen protestierten im Juli vor dem Senat. Die Entscheidung wurde vertagt, doch der Protest hält an. Es geht darum, ob Militärkonzerne und militärische Interessen Einfluss auf Forschung, Studiengänge und Finanzierung gewinnen.

Der Jugend eine Zukunft!
Gegen Wehrpflicht und Bundeswehr-Werbung an Schulen regt sich Widerstand. Auch in Kassel beteiligen sich Schüler*innen an Schulstreiks gegen die schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht. Sie wollen über ihre Zukunft selbst entscheiden und wehren sich gegen den Besuch von Jugendoffizieren an ihren Schulen. Zuletzt gingen am 25. September circa 800 Schüler*innen auf die Straße: „Unsere Zukunft gehört uns, nicht der Bundeswehr – wir lassen uns nicht für ihre Kriege einsetzen!“■

Öffentliche Millionen für Privatmann

Warum wir den Bau einer zweiten Eishalle kritisieren

Es geht nicht darum, Eishockeyfans oder Menschen, die gerne Schlittschuh laufen, ihren Sport mies zu machen. Es geht um die Frage, wie wir knappe öffentliche Mittel einsetzen. Die Eishockeymannschaft Kassel Huskies gehören dem privaten Unternehmer und Investor Paul Sinizin. Er ist der Eigentümer und treibt die Entwicklung der Nordhessen Arena zu einem größeren Sport- und Veranstaltungsstandort voran. Dafür sollen 20 Mio. Euro aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität eingesetzt werden. Die Linksfraktion hat die eiligen Vorlagen des Magistrats aus guten Gründen abgelehnt:



1. Bäume und Frischluftschneise werden geopfert

Es liegt ein Umweltbericht vor, der die Bedeutung von Vegetation und Freiflächen für das lokale Klima betont. Es wurden schon 49 große alte Bäume gefällt. Die angeordneten Ausgleichsmaßnahmen können den gewachsenen Bestand und seine unmittelbare Wirkung auf das Stadtklima kurzfristig nicht ersetzen. Gerade in Zeiten zunehmender Hitze ist es widersinnig, Grünstrukturen für zusätzliche Gebäude und versiegelte Flächen aufzugeben. Kassel braucht mehr Bäume, Schatten und Grünflächen, die zur Abkühlung beitragen – nicht weniger.

2. Ein wichtiger Park-and-Ride-Standort verschwindet

Weil dort ein privates Parkhaus errichtet wird, verschwindet der bisherige öffentliche Parkplatz mit etwa 300 Stellplätzen. Der diente als Treffpunkt für Fahrgemeinschaften und als unkomplizierte Park-and-Ride-Möglichkeit. Nun strebt die Stadt eine Ersatzlösung an: Rund 200 Stellplätze sollen angemietet und unter der Woche von 0 bis 18 Uhr kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dafür steht eine jährliche Miete von 200.000 Euro im Raum. Warum soll die Allgemeinheit für Folgekosten bezahlen, die durch den Ausbau eines privatwirtschaftlichen Standorts entstehen?

3. Eine Eishalle passt nicht zur Klimakrise

Eine Eishalle ist ein dauerhaft energieintensives Gebäude. Natürlich kann Eissport eine wichtige öffentliche Funktion erfüllen. Aber bei jeder Investition muss gefragt werden, welche Infrastruktur Kassel angesichts begrenzter Haushaltsmittel tatsächlich braucht. Die Klimabilanz des Bauprojekts wurde geprüft – sie ist deutlich negativ. Dennoch wurde der Bau beschlossen. Unsere Frage, wie sich die zweite Eishalle auf die Erreichung der Kassler Klimaziele auswirkt, wurde nicht beantwortet.

4. Öffentliche Millionen für ein privates Projekt?

Hier liegt für uns der Kern der Kritik. Am 22.06.2026 hat die Kasseler Stadtverordnetenversammlung beschlossen, 6 Mio. Euro als „Investitionskostenzuschuss für den Neubau einer 2. Eisfläche“ an Herrn Sinizin zu überweisen. Weitere 14 Mio. Euro werden für „städtebauliche Entwicklung und Erschließungsmaßnahmen“ des Areals bereitgestellt. Dazu kommt eine Million für die Vorbereitung des Grundstücks, das die Stadt in Erbpacht überlässt. Insgesamt 20 Millionen Euro aus dem Infrastruktur-Investitionsfonds.

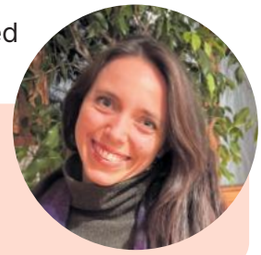
Kassel bekommt dieses Jahr 116 Millionen dieser Sondermittel. Die Entscheidung wurde unter erheblichem Zeitdruck getroffen. Den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit blieb kaum Zeit, sich angemessen mit den umfangreichen Unterlagen zu beschäftigen. Diese Eile wurde von Stadtkämmerer Herrn Nölke (FDP) mit dem engen Zeitplan des Projekts und dem Wunsch des Investors nach einer schnellen Zusage begründet. Auf einen offenen Brief des BUND wurde nicht reagiert und unsere Frage wieso kein soziales Nutzungskonzept für die Eishalle vorliegt, wurde vertagt.

Der private Eigentümer Paul Sinizin hat die Entwicklung des Standorts maßgeblich vorangetrieben und bezeichnet die zweite Eisfläche samt Parkhaus als wichtige Bestandteile seiner Zukunftsplanung. Die FDP

Kassel hat im Kommunalwahlkampf offensiv dafür geworben und Sinizin hat für deren Spitzenkandidaten Matthias Nölke, geworben. Das ist ihr gutes Recht. Aber wenn eine zusätzliche Eisfläche für den privaten Betreiber wirtschaftlich interessant ist, ist das nicht zugleich ein städtisches Interesse. Kommunale Förderung kann sinnvoll sein, wenn ein deutlicher öffentlicher Nutzen entsteht. Dann muss aber transparent sein, wem die Eishalle zu welchem Preis zur Verfügung steht, wer von der Investition profitiert und welche langfristigen Kosten bei der Stadt hängen bleiben.

5. Investitionsmittel sind an anderen Stellen dringend nötig
Wir brauchen Investitionen in bezahlbares Wohnen, Bus und Bahn, Schulen und für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden und Sportstätten. Wir brauchen Bäume und Schattenplätze statt zusätzlicher Versiegelung. Wir brauchen eine Stadt, die auf zunehmende Hitze und Starkregen vorbereitet ist.
Öffentliche Investitionen müssen sich am Gemeinwohl orientieren – nicht an den Expansionsplänen eines privaten Investors ■

Katharina Jung, neue linke Stadtverordnete und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss



„Öffentliche Gelder gehören allen Kasselerinnen und Kasselern. Sie sollten deshalb dort eingesetzt werden, wo der gesellschaftliche Nutzen besonders groß ist.“

Heizen darf nicht arm machen

Für eine soziale Wärmewende

Sieben von zehn Leuten in Kassel wohnen zur Miete. Viel zu häufig werden unsere Wohnhäuser vernachlässigt. Im Brückenhof ganz im Süden von Kassel ist die Situation besonders krass. 14 € pro Quadratmeter warm in veralteten Hochhäusern ist die Regel. Bei Haustürgesprächen im Sommer haben wir dort viele alte Menschen getroffen. Während der Hitzewellen war es in den Wohnungen bis in den Abend hinein über 38°C heiß. Manche fürchten, dass sie den nächsten heißen Sommer in ihrer Wohnung nicht mehr überleben.

Jetzt kommt der Winter – und damit die Sorgen über hohe Heizkosten. Wir kennen die Tipps: nur kurz stoßlüften, lieber eine Schicht Kleidung mehr und die Heizung weniger aufdrehen. Aber das hilft nur bedingt, wenn der Vermieter darüber entscheidet, wie geheizt wird. Und wenn die Wohnungen so schlecht gedämmt bleiben, dass die Kälte auch bei aufgedrehter Heizung in die Knochen kriecht.

Weil es erlaubt ist, stecken sich viele Vermieter immer mehr Geld in die eigene Tasche. Selbst öffentliche Wohnungsgesellschaften, wie die GWH ziehen aus den Mietshäusern dreimal so viel Gewinn raus, wie sie wieder in ihre Wohnblöcke investieren.

Bei vielen wird immer noch mit klimaschädlichem Erdgas geheizt. Wenn die Eigentümer nichts tun, droht uns in den nächsten Jahren die Kostenfalle beim Heizen. Einerseits steigt die CO_2-Abgabe, vor allem aber steigen die Gas-Netzentgelte, denn das Gasnetz muss auch dann weiter instand gehalten werden, wenn viele Leute im Einfamilienhaus sich mit klimafreundlichen Wärmepumpen unabhängig gemacht haben und nicht mehr mitbezahlen. Deshalb braucht es einen gut geplanten Ausstieg aus der Gasversorgung mit Alternativen für jede Straße und jedes Haus. In Gebieten mit vielen Mehrfamilien-Häusern ist Fernwärme für Alle die günstigste Lösung. Wie bei Wasser und Strom, sollte dort der Anschluss für jedes Grundstück Pflicht sein.

Den Kohleausstieg hat eine breite Bewegung aus der Stadtgesellschaft ja schon erkämpft. Wir setzen uns dafür ein, dass auch das Gaskraftwerk ersetzt wird, damit die Fernwärme weniger klimaschädlich wird. Dafür sind kommunale Investitionen nötig, die zugleich der regionalen Wirtschaft nützen und Arbeitsplätze sichern.

Derzeit erwirtschaften die Städtischen Werke Überschüsse aus der Produktion von Windkraft und dem Verkauf von Strom und Gas. Seit Jahren wird damit die Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) quer finanziert, damit der öffentliche Nahverkehr gut läuft. Statt mit dem Heizen unsere Busse und Trams zu bezahlen, braucht es bessere Lösungen für eine gerechte Klimawende. Eine Mobilitäts-Abgabe für alle Arbeitgeber*innen zum Beispiel, so wie in Frankreich, und Parkgebühren für günstigere ÖPNV-Tickets ■

Arvid Jasper, neuer linker Stadtverordneter und Mitglied im Klimaausschuss

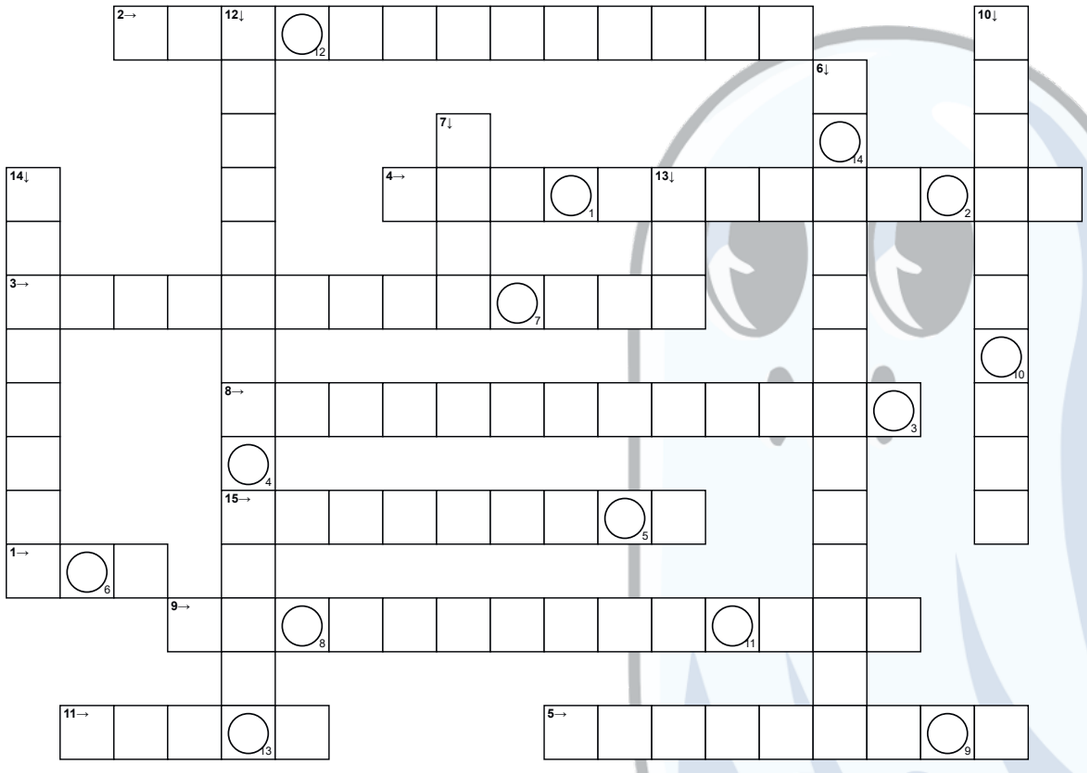


„Für uns ist klar: Wärme und Mobilität sind ganz wichtige Daseinsvorsorge. Beides muss klimafreundlich werden und darf nicht arm machen! “

Kreuzworträtsel

Für wache Geister

Was haben Solidarität, Klassenkampf und ein Kreuzworträtsel gemeinsam? Alle machen mehr Spaß, wenn man sie nicht allein löst! Wir verlosen die Teilnahme an einer Bundestags-Fahrt nach Berlin mit Violetta Bock. Bei Interesse sende das Lösungswort an: violetta.bock@bundestag.de



1. So viele Linke Stadtverordnete gibt es in Kassel
2. Hier will die Rüstungsindustrie im Wohngebiet expandieren
3. Broschüre der Linken mit Infos für Menschen mit wenig Geld
4. Sinnloser und teurer Flughafen
5. Existiert in der Kasseler Kommunalpolitik derzeit nicht
6. Dafür setzen wir uns ein
7. Der Sommer war extrem
8. Darauf kann man/frau lange warten
9. Diese Steuer würde das Land gerechter machen
10. Dagegen wehren wir uns
11. Oftmals viel zu teuer
12. Unsere Wirtschaft sollte darauf ausgerichtet sein
13. Jetzt geht's …
14. Davon braucht Kassel keine zweite
15. Nur so können wir etwas erreichen

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Foto: pixabay/VectorArt32





